

1. Pressemitteilung 2024 - Fristlose Kündigungen infolge erhöhter Betriebskostenabrechnungen

Fristlose Kündigungen infolge erhöhter Betriebskostenabrechnungen

Viele fristlose Kündigungen erreichen die Mieter infolge der gestiegenen Heizkostenabrechnungen für das Abrechnungsjahr 2022. So lagen in einer Wirtschaftseinheit 2021 die Kosten bei einem Verbrauch von 89.559 kWh bei 9.951,48 € und stiegen im Jahr 2022 bei einem Verbrauch von 53.131 kWh auf 19.425,85 € an.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten müssen Mieter nun auch für das Abrechnungsjahr 2023 mit einer erheblichen Erhöhung der Heizkosten rechnen.

Diese Erhöhung betrifft verschiedene Energieträger wie Gas, Fernwärme und Heizöl. Ursachen sind unter anderem gestiegene Beschaffungskosten und globale Marktveränderungen. Auch der Preis für Heizöl ist auf einem hohen Niveau, was weiterhin zusätzliche Belastungen für Haushalte bedeutet. Hier eine kleine Auflistung zum prozentualen Anstieg: Fernwärme +7%, Heizöl +34%, Gas +44%.

Zusätzlich zu den steigenden Energiekosten sind auch die Versicherungskosten gestiegen. Dies wirkt sich ebenfalls auf die Betriebskosten aus und erhöht die finanzielle Belastung der Mieter.

Für die Mieter bedeutet dies, dass die monatlichen Nebenkostenvorauszahlungen erneut erhöht werden müssen, um sich vor erhöhten Nachzahlungen zu schützen. Auch wenn wir allen Mietern empfehlen, dem nachzukommen, um hohe Nachzahlungen zu vermeiden, so sehen wir auch täglich die Gefahr der drohenden Obdachlosigkeit, da sich viele Mieter die angepassten monatlichen Mietzahlungen nicht mehr leisten können. Zwar können sie unter Umständen Zuschüsse beim Senat beantragen, jedoch sind die bürokratischen Prozesse mit langen Wartezeiten verbunden, was wiederum zu finanziellen Nöten bei den bedürftigen Mietern führt. Zudem sind viele von ihnen im Alltag durch Vollzeitarbeit mit mangelndem Personal und Überstunden, Haushalt und Kindern so ausgelastet, dass keine Kraft mehr für bürokratische Kämpfe vorhanden ist. Hier ist die Politik gefragt, um die Existenz des Heims zu sichern, da sonst auch viele Steuerzahler nicht nur ihr Zuhause, sondern auch dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Prüfung der Heizkostenabrechnungen hat gezeigt, dass nicht überall die Brennstoffkosten enorm gestiegen sind. So stellt sich die Frage, warum einerseits, wie von der Politik und den Medien postuliert, die Preise bis zu 300 Prozent gestiegen sein können und in anderen Abrechnungen nur ein geringer Anstieg zu verzeichnen ist und das bei deutlich niedrigerem Verbrauch der Mieterschaften. Diese großen Differenzen geben zu denken. Die Anpassung der Vorauszahlungen und eine sorgfältigen Überprüfung der Betriebskostenabrechnung, gerne bei uns im Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V., sind wichtige Schritte, um auf die gestiegenen Energiekosten zu reagieren und finanzielle Belastungen zu minimieren.

Wir unterstützen Sie gerne bei Themen rund um Mietangelegenheiten und Verbraucherschutz.